

ROTBUCH

*Eine Dokumentation der CDU Nordrhein-Westfalen
über den heimlichen Bündnispartner der SPD in NRW*

Impressum:
CDU Nordrhein-Westfalen
Wasserstr. 6, 40213 Düsseldorf

Tel: (02 11) 1 36 00-0
Fax: (02 11) 1 36 00-59

Email: info@cdu-nrw.de
Internet: www.cdu-nrw.de



Inhaltsverzeichnis

1. Zum Geleit

2. Parteiinterne Grundstruktur der Linkspartei NRW

- 2.1 „Sozialistische Linke“ (SL) und ihre Vertreter in der NRW-Linkspartei
- 2.2 „Antikapitalistische Linke“ (AKL) und ihre Vertreter in der NRW-Linkspartei
- 2.3 „Kommunistische Plattform“ (KPF) und ihre Vertreter in der NRW-Linkspartei

3. Das Programm der NRW-Linkspartei zur Landtagswahl 2010

- 3.1 Verstaatlichung I: Alle privaten Hausbesitzer werden enteignet
- 3.2 Verstaatlichung II: Sozialistische Planwirtschaft wird eingeführt
- 3.3 Steuer- und Finanzpolitik I: 160 Milliarden Steuererhöhungen
- 3.4 Steuer- und Finanzpolitik II: Verschuldung ungebremst erhöhen
- 3.5 Schulpolitik I: Drogenkunde statt Religionsunterricht
- 3.6 Schulpolitik II: Gymnasien und freie Schulwahl der Eltern abschaffen
- 3.7 Innenpolitik I: Verfassungsschutz abschaffen
- 3.8 Innenpolitik II: Kommunale Selbstverwaltung brechen und mehr Zentralismus einführen
- 3.9 Gesellschaftspolitik: Drogenfreigabe und Autofahren unter Drogeneinfluss
- 3.10 Wirtschaftspolitik: Einheitstarifvertrag und Einheitshandy für alle

4. Strategie, Ziele und Mittel der Linkspartei für die Wahlen 2009 und 2010

- 4.1 Strategie: Spaltung der Gesellschaft und Verschlechterung der Lebensbedingungen
- 4.2 Ziel: Blockade des politischen und wirtschaftlichen „Systems“
- 4.3 Mittel: Populismus als Methode
- 4.4 Wahlkampf als Teil des „Klassenkampfes“

5. „Systemfrage“, Sozialismusbegriff und Verhältnis zur Demokratie

- 5.1 Die „Systemfrage“ der Linkspartei
- 5.2 Der Sozialismusbegriff der Linkspartei im marxistisch-leninistischen Sinne
- 5.3 Das negative Verhältnis der Linkspartei zu Demokratie und Verfassung

6. Die NRW-Linkspartei auf Bundesebene

- 6.1 Sahra Wagenknecht: Vorsitzende der „Kommunistischen Plattform“ und designierte stellvertretende Bundesparteivorsitzende
 - 6.1.1 Sahra Wagenknecht rechtfertigt den Stalinismus
 - 6.1.2 Sahra Wagenknecht rechtfertigt die DDR und den Mauerbau und lobt Walter Ulbricht
 - 6.1.3 Sahra Wagenknecht will nicht beim „Hummer-Essen“ fotografiert werden und verweigert dem israelischen Staatspräsidenten den Respekt
- 6.2 Die Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke, Sevim Dagdelen, Ulla Lötzer, Andrej Hunko und Paul Schäfer

7. Zusammenfassung

8. Das unklare Verhältnis der SPD zur NRW-Linkspartei

- 8.1 Rot-Rote Gemeinsamkeiten
- 8.2 Ertappt: Heimliche Direktgespräche zwischen SPD und Linkspartei geleugnet?
- 8.3 „JA“ und „NEIN“ der SPD zur NRW-Linkspartei
- 8.4 SPD-Politiker sind für Rot-Rot in NRW

1. Zum Geleit

Nordrhein-Westfalen steht am 9. Mai vor einer Richtungsentscheidung. Die Wählerinnen und Wähler haben darüber zu entscheiden, ob unser Land weiter aus der Mitte heraus regiert wird, oder ob SPD und Linkspartei zusammen eine rot-rote Mehrheit bilden. Die SPD in NRW schließt eine Koalition mit der Linkspartei nicht aus, weil sie nur mit ihrer Hilfe die Chance zur Mehrheitsbildung hat. Die SPD ist von der Linkspartei abhängig.

Der Blick in Vergangenheit und Gegenwart zeigt, dass die SPD auf die rote Karte setzt, wenn sie die Chance dazu bekommt. Bereits 1994 und 1998 machte die SPD in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern gemeinsame Sache mit der PDS. 2008 beging die SPD in Hessen um der Macht willen Wortbruch. Ministersessel waren ihr wichtiger als Wahlversprechen. 2009 wollten die Sozialdemokraten den Bundespräsidenten mit Hilfe der Linkspartei abwählen. Berlin und Brandenburg werden seit 2001/2002 bzw. 2009 von rot-roten Bündnissen regiert.

In Nordrhein-Westfalen drückt sich die SPD vor eindeutigen Aussagen. Obwohl Programm und Personal der Linkspartei seit langem klar sind, eiert die SPD weiter rum. Soviel Wählertäuschung ist selbst der Linkspartei zuviel. Sie bietet sich seit langem der SPD als Mehrheitsbeschaffer an. Bereits 2008

stellte ihr Vorsitzender klar: „Wir würden für Hannelore Kraft als Ministerpräsidentin stimmen.“ (Wolfgang Zimmermann, Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 7.7.2008)

Seit zwei Jahren sucht die SPD in NRW nun schon angeblich die Auseinandersetzung mit der Linkspartei. Bis heute hat sie sie nicht gefunden. Die CDU geht einen anderen Weg. Wir suchen nicht die Zusammenarbeit, sondern die Auseinandersetzung. Mit dieser Dokumentation wollen wir einen Beitrag dazu leisten.

Die Dokumentation stützen wir hauptsächlich auf Beschlüsse und Aussagen der Linkspartei in NRW, sowie auf einige Presseveröffentlichungen. Wir setzen ausdrücklich auf eine Auseinandersetzung in der Sache und nehmen die Linkspartei beim Wort. Gleichzeitig fordern wir alle anderen demokratischen Parteien auf, dies ebenfalls zu tun. Die Zeit, in der die Entwicklung der Linksradikalen mit einem wohlwollenden „Augenzwinkern“ betrachtet wurde, ist vorbei.



Die Linke in NRW ist anders als anderswo: Chaotisch und fundamentalistisch.“

Nordwest-Zeitung, 11.2.2010.

2. Parteiinterne Grundstruktur der Linkspartei NRW

Innerhalb der Linkspartei existieren unterschiedliche „Strömungen“. Bundesweit bekannt sind davon unter anderem die „Kommunistische Plattform“ (KPF) oder auch das „Forum Demokratischer Sozialismus“ (FDS). Flügelkämpfe zwischen einzelnen „Strömungen“ werden in den Medien zumeist als Auseinandersetzung zwischen „Fundamentalisten“ und „Pragmatikern“ beschrieben. Ein Kennzeichen der NRW-Linkspartei ist, dass ihr der in der Öffentlichkeit als „pragmatisch“ beschriebene Flügel fehlt. Es ist kein Zufall, dass mit Sahra Wagenknecht die Vorsitzende der „Kommunistischen Plattform“ (KPF) in Nordrhein-Westfalen für den Bundestag kandidiert hat. In den Medien wird die Linkspartei in NRW eindeutig beurteilt:

„Der NRW-Landesverband ist eine Heimat für extreme Linke. Auf der Bundestagsliste tummeln sich die Wortführerin der Kommunistischen Plattform, Sahra Wagenknecht, wie auch Ulla Jelpke, die einstige Mitbegründerin des Kommunistischen Bundes.“¹

„Selbst Parteifreunde bescheinigen den Linken in Nordrhein-Westfalen eine besonders hohe Quote an Verrückten. Mal riefen Funktionäre zu sozialen Unruhen auf, mal bestanden sie auf einem ‚Recht auf Rausch‘, mal wollten sie die Energiekonzerne verstaatlichen.“²

Die parteiinterne Grundstruktur der NRW-Linkspartei besteht hauptsächlich aus den beiden radikalen „Strömungen“ „Sozialistische Linke“ (SL) und „Antikapitalistische Linke“ (AKL). Zitat: „Laut Informationen unserer Zeitung besteht der Landesverband der Linken im Wesentlichen aus Mitgliedern der Links-Außen-Strömungen (SL) und ‚Antikapitalistische Linke‘ (AKL).“³ Auch die „Wahlalternative Soziale Gerechtigkeit“ (WASG), die bei der Landtagswahl 2005 antrat, war – entgegen dem landläufigen Bild der „Gewerkschaftsbewe-

¹ Focus, 1.2.2010.

² Der Spiegel, 1.2.2010.

³ Rheinische Post online, 24.11.2009.

gung“ – seit ihrer Gründung erheblich von Linksextremisten unterwandert.⁴ „SL“ und „AKL“ werden – ähnlich wie die „Kommunistische Plattform“ – vom Verfassungsschutz beobachtet.

2.1 „Sozialistische Linke“ (SL) und ihre Vertreter in der NRW-Linkspartei

Im Gründungsaufwurf der „Sozialistischen Linken“ heißt es: „Mit diesem Text melden wir uns als eine breite Strömung zu Wort, die an linkssozialdemokratische und reformkommunistische Traditionen anknüpft. Wichtige Grundlagen unserer Positionen bilden marxistische Gesellschaftsanalyse ... Die DDR war ein legitimer Versuch, auf deutschem Boden eine Alternative zum Kapitalismus aufzubauen ... Wenn es ... erforderlich ist, sind Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel zum Zwecke der Vergesellschaftung in Gemeineigentum ... zu überführen“⁵.

Zu den UnterzeichnerInnen dieses Aufrufs bzw. zur „Sozialistischen Linken“ gehören unter anderem die folgenden Linksparteipolitiker aus NRW:

- **Bärbel Beuermann** (ist Spitzenkandidatin bei der Landtagswahl),
- **Carolin Butterwege** (das Mitglied im LandessprecherInnenrat der „SL“ kandidiert bei der Landtagswahl auf Listenplatz drei und ist Mitarbeiterin von Rüdiger Sagel MdL),
- **Ralf Michalowsky** (der stellvertretende Parteivorsitzende kandidiert bei der Landtagswahl auf Listenplatz sechs),
- **Ulla Lötzer MdB** (ist Mitglied im BundessprecherInnenrat der „SL“),
- **Paul Schäfer MdB** (ist Mitglied im LandesprecherInnenrat der „SL“) und
- **Günter Blocks** (ist Landesgeschäftsführer der Linkspartei NRW).

⁴ Bekannt ist diese Strategie vornehmlich kommunistischer bzw. trotzkistischer Gruppen als „Entrismus“. Dabei „dringen“ diese kleineren Gruppen gezielt und mitunter auch verdeckt in zumeist größere Organisationen „ein“, um diese zu unterwandern und von innen heraus deren politische Entwicklung zu bestimmen. So rief bspw. die frühere linksextremistische Organisation „Linksruck“ (LR) im Februar 2005 dazu auf, die WASG zu unterwandern. Mit dem Beitritt der WASG zur PDS wurde auch „LR“ in die Linkspartei gespült. Dort hieß sie seither „marx21“. 2007 verständigten sich die trotzkistischen Kader von „marx21“ darauf, dem innerparteilichen Zusammenschluss „Sozialistische Linke“ (SL) beizutreten.

⁵ Gründungsaufwurf: „Sozialistische Linke: realistisch und radikal!“.

Die Spitzenkandidatin der NRW-Linkspartei für die Landtagswahl und ihre genannten Mitstreiter halten mit ihrer Unterschrift den DDR-Unrechtsstaat für einen „legitimen Versuch“. Sie alle knüpfen mit ihrer Unterschrift an „reformkommunistische Traditionen“ an und wollen umfangreiche Enteignungen vornehmen. Die SPD in NRW ist bereit, mit diesen Leuten zu koalieren.

2.2 „Antikapitalistische Linke“ (AKL) und ihre Vertreter in der NRW-Linkspartei

Im Gründungsaufruf der „Antikapitalistischen Linken“ heißt es: „Konsequenter Antineoliberalismus setzt unter heutigen Bedingungen voraus, die Frage von Eigentum und Macht zu stellen ... Eine starke authentische Linke ... hat die Chance, sozialistische, antikapitalistische und grundsätzlich oppositionelle Ideen und Ziele wieder in die gesellschaftliche Debatte zu bringen.“⁶

Zu den UnterzeichnerInnen dieses Aufrufs gehören unter anderem die folgenden Linksparteipolitiker aus NRW:

- **Wolfgang Zimmermann** (der Parteivorsitzende kandidiert bei der Landtagswahl auf Listenplatz zwei),
- **Katharina Schwabedissen** (ist Parteivorsitzende),
- **Ali Atalan** (das Vorstandsmitglied kandidiert bei der Landtagswahl auf Listenplatz acht)
- **Michael Aggelidis** (das Vorstandsmitglied kandidiert bei der Landtagswahl auf Listenplatz 10)
- **Sahra Wagenknecht** MdB (ist zugleich Vorsitzende der „Kommunistischen Plattform“ und Kandidatin für den stellvertretenden Bundespartei-vorsitz),
- **Ulla Jelpke** MdB,
- **Sevim Dagdelen** MdB,

⁶ Gründungsaufruf: „Für eine antikapitalistische Linke“.

- **Andrej Hunko** MdB und
- **Sabine Lösing** MdEP.

Die beiden Vorsitzenden der NRW-Linkspartei und ihre genannten Mitstreiter verfolgen mit ihrer Unterschrift „grundsätzlich oppositionelle Ideen und Ziele“. Sie alle stellen mit ihrer Unterschrift die „Macht-“ bzw. „Eigentumsfrage“. Die SPD in NRW ist bereit, mit diesen Leuten zu koalieren.

2.3 „Kommunistische Plattform“ (KPF) und ihre Vertreter in der NRW-Linkspartei

Die „Kommunistische Plattform“ definiert sich als „ein offen tätiger Zusammenschluss von Kommunistinnen und Kommunisten in der Linkspartei.PDS“. „Wesentliches Anliegen“ der KPF ist die „Bewahrung und Weiterentwicklung marxistischen Gedankenguts“⁷. Die „Solidarität [der KPF] gehört dem sozialistischen Kuba“⁸. Besonders intensiv arbeitet die KPF mit „marxistisch orientierten Kräften innerhalb und außerhalb der Partei zusammen. Nicht zuletzt ... mit der DKP“⁹.

Das Oberverwaltungsgericht Nordrhein-Westfalen stellte 2009 in einem Urteil die unverhüllte Verfassungswidrigkeit der „Kommunistischen Plattform“ fest.

„Zahlreiche und gewichtige Anhaltspunkte für den Verdacht verfassungsfeindlicher Bestrebungen ergeben sich ... in Bezug auf bedeutende Teile der Parteien PDS, Linkspartei.PDS und DIE LINKE. Dies gilt zunächst in besonderem Maße für Äußerungen der Kommunistischen Plattform. Dieser parteiinterne Zusammenschluss strebt offen die Errichtung einer mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht vereinbaren Staats- und Gesellschaftsordnung an.“¹⁰

⁷ <http://archiv2007.sozialisten.de/partei/strukturen/agigs/kpf/index.htm>

⁸ Beschluss der 4. Tagung der 14. Bundeskonferenz der Kommunistischen Plattform vom 22.11.2009.

⁹ Ebd.

¹⁰ Urteil des Oberverwaltungsgerichts NRW vom 13.2.2009.

Der Verfassungsschutzbericht des SPD-regierten Rheinland-Pfalz bezeichnete die „Kommunistische Plattform“ 2008 als „offen extremistische Vereinigung“¹¹.

Mit Sahra Wagenknecht soll die Vorsitzende der „Kommunistischen Plattform“ auf dem Bundesparteitag der Linkspartei eine Woche nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen zur stellvertretenden Parteivorsitzenden gewählt werden. Mit ihr sitzt die Repräsentantin einer parteiinternen Formation der Linkspartei im Bundestag, die nach Auffassung des Oberverwaltungsgerichts Nordrhein-Westfalen offen den Umsturz unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung anstrebt. Sahra Wagenknecht kandidierte bei der Bundestagswahl 2009 für die NRW-Linkspartei, mit der die SPD koalieren will.

¹¹ Verfassungsschutzbericht des Landes Rheinland-Pfalz 2008, S. 57.



Die Partei hatte im Westen eines ihrer radikalsten Programme verabschiedet“

Frankfurter Rundschau online, 22.1.2010.

3. Das Programm der NRW-Linkspartei zur Landtagswahl 2010

Das Programm der NRW-Linkspartei ist eines der radikalsten, das sich die Linkspartei jemals gegeben hat. Die Presse urteilte eindeutig:

„Linke Irrlichter ... Wer in einer globalisierten Welt Konzerne verstaatlichen will und von einer Gesellschaft ohne Justiz schwadroniert, sollte auf die Couch. Nicht auf die Regierungsbänke.“¹²

„In seiner stramm sozialistischen Ausrichtung, in seiner provozierenden Radikalität erinnert das Papier eher an die Programme der untergegangenen DKP als an Resolutionen von Gewerkschaftskongressen.“¹³

„Mit dem Wahlprogrammewurf hat die NRW-Linke den Vogel abgeschossen: Recht auf Rausch, keine weiteren Gefängnisse, Verstaatlichung der Schlüsselindustrien ... Und wer wie die Linke mit Inbrunst die Abschaffung der Verfassungsschutzämter verlangt, verstärkt nur den Eindruck der Sicherheitsbehörden, dass die Beobachtung der Linkspartei durch den Staatsschutz begründet sein dürfte.“¹⁴

Die SPD in NRW will mit der Linkspartei koalieren. Die SPD ist bereit, der Linkspartei bei der Umsetzung ihres Programms zu helfen. Zehn Beispiele zeigen, wozu die SPD die Hand reichen will.

¹² Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 7.10.2009.

¹³ Neue Westfälische, 8.10.2009.

¹⁴ Westfalenpost, 8.10.2009.



Die Energiekonzerne in NRW – RWE und E.ON – müssen vergesellschaftet werden.“ Wir fordern „die Überführung von Opel in öffentliche Hand“.

Wahlprogramm DIE LINKE. NRW – Landtagswahl 2010, S. 6.

3.1 Verstaatlichung I: Alle privaten Hausbesitzer werden enteignet

In ihrem Landtagswahlprogramm hat die NRW-Linkspartei beschlossen, alle privaten Hauseigentümer zu enteignen. Zitat:

„Mit dem zersplitterten Hausbesitz kleiner Immobilieneigentümerinnen und -eigentümer ... lässt sich der notwendige Stadtumbau kaum gestalten. Erforderlich sind Eigentümerinnen und Eigentümer, die über ihr aktuelles Interesse hinaus denken“. Und: „Das Privateigentum an Grund und Boden ist eines der zentralen Hindernisse für eine soziale, ökologische und demokratische Entwicklung in Stadt und Land“¹⁵.

Das bedeutet: Wer sich eine kleine Eigentumswohnung oder ein Eigenheim vom Munde abgespart hat, soll nach dem Willen der NRW-Linken enteignet werden. „Oma ihr klein Häuschen“ soll verstaatlicht werden. Hier zeigt sich, wen die Linke tatsächlich im Sinn hat, wenn sie klassenkämpferisch formuliert: „Wir wollen die reiche Klasse ökonomisch und ideologisch schwächen, um sie politisch zu besiegen.“¹⁶

3.2 Verstaatlichung II: Sozialistische Planwirtschaft wird eingeführt

Die von der NRW-Linkspartei gewollte Einführung des Sozialismus geht mit massiven Eingriffen in die Wirtschaft einher. Durch umfangreiche Verstaatlichungen soll die Soziale Marktwirtschaft zugunsten einer sozialistischen Planwirtschaft abgelöst werden. Die NRW-Linkspartei fordert: „Die Wirtschaft muss ... geregelt werden.“¹⁷ In ihrem Landtagswahlprogramm hat sie beschlossen:

Wir setzen uns „konsequent dafür ein, dass alle Bereiche der Daseinsvorsorge in NRW in öffentliche Hand gehören.“¹⁸

¹⁵ Wahlprogramm DIE LINKE. NRW – Landtagswahl 2010, S. 29.

¹⁶ Beschluss Nr.: X-1: „Vor den Wahlen 2009/10 – Zur Strategie der LINKEN in NRW“ (beschlossen auf der 1. Landesvorstandssitzung der Linkspartei NRW am 6.12.2008 in Düsseldorf), S. 3.

¹⁷ „ZUKUNFTSINVESTITIONSPROGRAMM für Nordrhein – Westfalen“ (Antrag an den Landesparteitag der NRW-Linkspartei am 27.2.2010 in Duisburg), S. 11.

¹⁸ Wahlprogramm DIE LINKE. NRW – Landtagswahl 2010, S. 8.

3.3 Steuer- und Finanzpolitik I: 160 Milliarden Steuererhöhungen

Die NRW-Linkspartei hat in ihrem Landtagswahlprogramm umfangreiche Steuererhöhungen beschlossen.¹⁹ In dem Entwurf ihres sogenannten „Zukunftsinvestitionsprogramms“ nennt sie dazu eine Zahl: 160 Milliarden mehr Steuern will die NRW-Linkspartei einnehmen. Gleich acht verschiedene Steuerarten will die NRW-Linkspartei verändern oder neu einführen: Einkommenssteuer, Vermögenssteuer, Millionärssteuer, Erbschaftssteuer, Unternehmenssteuer, Gemeindesteuer, Finanztransaktionssteuer und Umsatzsteuer.²⁰ Kein Bürger wäre von ihren Steuerplänen nicht betroffen. 160 Milliarden Steuererhöhungen würden bei rund 80 Millionen Einwohnern im Jahr 2000 Euro pro Person bedeuten.

3.4 Steuer- und Finanzpolitik II: Verschuldung ungebremsst erhöhen

Trotz ihrer ungeheuren Steuererhöhungsforderung von 160 Milliarden Euro will die NRW-Linkspartei weiter Schulden machen. Auf ihrem Landesparteitag 2008 hat sie sich klar gegen die Einführung der Schuldenbremse entschieden. Zitat:

„Alle Pläne der Föderalismuskommission für eine ‚Schuldenbremse‘ sind sofort zu stoppen.“²¹

Der Linkspartei ist offensichtlich bewusst, dass sich ihre unbezahlbaren Versprechungen nur auf „Pump“ finanzieren ließen. Dass dies zu Lasten der kommenden Generationen gehen würde, scheint der NRW-Linkspartei egal zu sein. „Soziale Gerechtigkeit“ als Generationengerechtigkeit kennt die NRW-Linkspartei offenbar nicht.

¹⁹ Ebd., S. 24 ff.

²⁰ „ZUKUNFTSINVESTITIONSPROGRAMM für Nordrhein – Westfalen“ (Antrag an den Landesparteitag der NRW-Linkspartei am 27.2.2010 in Duisburg), S. 25 f.

²¹ „Das Kasino schließen: Profiteure zur Kasse bitten – die Konjunktur stützen – Privatbanken vergesellschaftet“, Beschluss des Landesparteitags der NRW-Linkspartei 2008, S. 2.

3.5 Schulpolitik I: Drogenkunde statt Religionsunterricht

Die NRW-Linkspartei machte 2009 mit der Forderung nach einem „Recht auf Rausch“ bundesweit Schlagzeilen. In ihrem Landtagswahlprogramm fordert sie die „Einführung einer Unterrichtseinheit ‚Genuss- und Rauschmittelkunde‘ an den nordrhein-westfälischen Schulen“²². Gleichzeitig will sie den verpflichtenden Religionsunterricht abschaffen. Zitat: Wir fordern „die Streichung der Garantie für den bekenntnisorientierten Religionsunterricht an Schulen in der Landesverfassung“²³. Das bedeutet: Schüler sollen nach dem Willen der NRW-Linkspartei den Konsum von Rauschgift an Schulen lernen. Mit der Abschaffung des Religionsunterrichts sollen Jugendliche einer wertorientierten Erziehung beraubt und der Boden bereitet werden für eine andere Gesellschaft.

3.6 Schulpolitik II: Gymnasien und freie Schulwahl der Eltern abschaffen

In ihrem Wahlprogramm hat die NRW-Linkspartei die Abschaffung des gegliederten Schulwesens im Allgemeinen und des Gymnasiums im Besonderen beschlossen. Zitat:

„Ein zweigliedriges Schulsystem, wie es in anderen Bundesländern umgesetzt wird, dient nur der Rettung des Gymnasiums. Deshalb lehnen wir es entschieden ab.“ Und: Wir fordern „einen sofortigen Landtagsbeschluss zur Abschaffung des gegliederten Schulsystems in NRW“²⁴.

Außerdem fordert die NRW-Linkspartei „die Wiedereinführung der Wohnortbindung für Grundschülerinnen und -schüler“²⁵. Das bedeutet: Alle Gymnasien, Real- und Hauptschulen sollen nach dem Willen der NRW-Linkspartei geschlossen und alle Kinder in die Einheitsschule geschickt werden. Außerdem würden zukünftig nicht mehr die Eltern entscheiden, wo ihr Kind zur Schule geht.

²² Wahlprogramm DIE LINKE. NRW – Landtagswahl 2010, S. 68.

²³ Ebd., S. 54.

²⁴ Ebd., S. 48.

²⁵ Ebd., S. 49.

3.7 Innenpolitik I: Verfassungsschutz abschaffen

Die Linkspartei stellt offen die „Systemfrage“. Wie insbesondere unter den Punkten 5.2 und 5.3 gezeigt wird, bewegt sie sich mit ihrer marxistisch-leninistischen Sozialismusdefinition nicht auf dem Boden unserer Verfassung. Es spricht deshalb für sich selbst, wenn die NRW-Linkspartei in ihrem Landtagswahlprogramm die „Auflösung des Verfassungsschutzes“ fordert.²⁶ Mit dieser Forderung will die Linkspartei eine breite Bresche in den Schutz der verfassungsmäßigen Ordnung schlagen, um den von ihr propagierten „Systemwechsel“ ungestört vollziehen zu können.

3.8 Innenpolitik II: Kommunale Selbstverwaltung brechen und mehr Zentralismus einführen

Die NRW-Linkspartei will mehr Zentralismus einführen. Dazu will sie die Kommunale Selbstverwaltung brechen. In ihrem Landtagswahlprogramm fordert sie „eine starke Landesplanung, die der ‚Kirchturmkonkurrenz‘ der (Ober-)Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie der Landrätinnen und Landräte Einhalt gebietet und die Ziele einer nachhaltigen und solidarischen Raumordnung auch gegen deren Widerstände durchsetzen kann.“²⁷ Mit der Aushebelung der Kommunalen Selbstverwaltung und der Einführung von mehr Zentralismus und Dirigismus will die NRW-Linkspartei sicherstellen, dass ihre Pläne auch gegen den Widerstand der Kommunen durchgesetzt werden.

²⁶ Ebd., S. 12.

²⁷ Ebd., S. 27.

Die NRW-Linkspartei ist für die Festlegung von Grenzwerten, die eine „Teilnahme am Straßenverkehr bei Cannabiskonsum“ erlauben.

Wahlprogramm DIE LINKE. NRW – Landtagswahl 2010, S. 68.

3.9 Gesellschaftspolitik: Drogenfreigabe und Autofahren unter Drogeneinfluss

In ihrem Wahlprogramm hat die NRW-Linkspartei die Freigabe der Droge Haschisch als „ersten Schritt“ auf dem Weg der „deutlichen Liberalisierung“ des Betäubungsmittelrechts beschlossen. Außerdem will sie es Autofahrern zukünftig erlauben, unter Drogeneinfluss zu fahren. Zitat:

Die NRW-Linkspartei tritt „für eine Änderung des Betäubungsmittelrechts im Sinne einer deutlichen Liberalisierung ein ... Die Legalisierung von Cannabis soll ein erster Schritt sein.“²⁸

Das bedeutet: Nach dem Willen der NRW-Linkspartei kann demnächst jedes Kind Haschisch im Supermarkt kaufen und Erwachsene dürfen unter Drogeneinfluss Auto fahren.

3.10 Wirtschaftspolitik: Einheitstarifvertrag und Einheitshandy für alle

In ihrem Wahlprogramm hat die NRW-Linkspartei beschlossen, dass sich „NRW unbedingt für die Rücknahme der Privatisierung aller Unternehmen der Daseinsvorsorge wie zum Beispiel der Post und der Telekom einsetzen“²⁹ muss. Das bedeutet: Geht es nach dem Willen der NRW-Linkspartei, so wird die Uhr im Kommunikationszeitalter weit zurückgedreht. Mit der geforderten Rücknahme der Privatisierung des Telekommunikationssektors gäbe es nur noch einen Telefonanbieter. Alle Bürgerinnen und Bürger hätten dann nur noch einen Tarifvertrag und ein Einheitshandy. Hier zeigt sich: Der Sozialismus der Linkspartei kommt in einem grauen Gewand daher.

²⁸ Ebd., S. 67.

²⁹ Ebd., S. 39.

4. Strategie, Ziele und Mittel der Linkspartei für die Wahlen 2009 und 2010

4.1 Strategie: Spaltung der Gesellschaft und Verschlechterung der Lebensbedingungen

Die NRW-Linkspartei setzt in ihrem Wahlkampf auf die Spaltung der Gesellschaft. Ausdrücklich will sie die extremen Ränder stärken und die Mitte schwächen. Für ihre Wahlkampfstrategie hat sie festgelegt:

„Wahlen werden nicht in der ‚Mitte‘ gewonnen. In der Mitte werden Wahlen verloren ... Die politische und soziale ‚Mitte‘ kann nur durch eine Politisierung der Ränder neutralisiert bzw. für die Unterstützung der politischen Anliegen der Ränder gewonnen werden.“³⁰

Umgekehrt bedeutet dies, dass die NRW-Linkspartei entgegen ihren Beteuerungen kein Interesse daran hat bzw. haben kann, dass die Schere in der Gesellschaft nicht weiter auseinandergeht bzw. dass sie geschlossen wird.

Um die Spaltung der Gesellschaft zu vertiefen, setzt die NRW-Linkspartei ganz unverhohlen auf die Verschlechterung der wirtschaftlichen und sozialen Lage. Frei nach der Leninschen Devise: „Je schlechter, desto besser“ sieht die Linkspartei in NRW ihre Erfolgchancen steigen, je schlechter es den Bürgerinnen und Bürgern geht. Zitat:

„Dass die Proletarisierung zunimmt, der untere ‚Rand‘ immer breiter wird, das ist die objektive Grundlage des Erfolges der LINKEN.“³¹

Umgekehrt bedeutet dies, dass die Linkspartei entgegen ihren Beteuerungen objektiv kein Interesse an einer Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen – auch und gerade der sozial Schwachen – hat bzw. haben kann.

³⁰ Beschluss Nr.: X-1: „Vor den Wahlen 2009/10 – Zur Strategie der LINKEN in NRW“ (beschlossen auf der 1. Landesvorstandssitzung der Linkspartei NRW am 6.12.2008 in Düsseldorf), S. 2.

³¹ Ebd., S. 2.

4.2 Ziel: Blockade des politischen und wirtschaftlichen „Systems“

Mit dem angestrebten Einzug in das Parlament verfolgt die Linkspartei einzig und allein das Ziel, stabile politische Verhältnisse zu verhindern. Die NRW-Linkspartei will im Landtag „Hessische Verhältnisse“³² schaffen. Zitat:

„DIE LINKE hat die Kraft zu einer einzigen bedeutsamen Initiative: sie kann und muss der SPD deutlich machen und anbieten, dass mit ihr eine rechte Regierung abgewählt werden kann. Mehr nicht ... Soll sich die SPD die realen Mehrheiten für jede einzelne Maßnahme, einschließlich ihrer Haushalte, doch da holen, wo sie meint, sie zu bekommen.“³³

Die NRW-Linkspartei hat ein großes Interesse daran, die parlamentarische Arbeit im Landtag lahm zu legen. Entscheidungen sollen blockiert statt getroffen werden. Die parlamentarische Demokratie soll dadurch als „entscheidungsschwach“ und „unfähig“ dargestellt werden. Die NRW-Linkspartei sieht im Landtag lediglich eine „Bühne“ für ihre Politik. Die Entscheidungen sollen hingegen „auf der Straße“ getroffen werden. Zitate:

Wir wollen „eine bewusste Beschränkung der parlamentarischen Aktivitäten ... zu Gunsten der außerparlamentarischen Initiativen.“³⁴

„Unter den herrschenden Sachzwängen ist die Umsetzung linker Politik nicht möglich! Unsere BündnispartnerInnen sitzen nicht in den anderen Fraktionen der Rathäuser, sondern stehen hoffentlich bald in Massen davor, um ... Druck aufzubauen.“³⁵

³² Damit sind die unklaren Mehrheitsverhältnisse während der 17. Legislaturperiode des Hessischen Landtages von 2008 bis 2009 gemeint.

³³ Beschluss Nr.: X-1: „Vor den Wahlen 2009/10 – Zur Strategie der LINKEN in NRW“ (beschlossen auf der 1. Landesvorstandssitzung der Linkspartei NRW am 6.12.2008 in Düsseldorf), S. 8.

³⁴ Ebd., S. 9.

³⁵ Ebd., S. 4.

Um die politische Auseinandersetzung aus dem Landtag heraus auf „die Straße“ zu verlagern, ruft die NRW-Linkspartei zu sozialen Unruhen auf. Außerdem will sie mit Hilfe des von ihr geforderten Generalstreiks neben dem parlamentarischen auch das öffentliche Leben lahm legen.

„In diesem Sinne ruft DIE LINKE. NRW zu sozialen Unruhen auf ... Nichts wäre ... mehr zu befürchten als soziale Friedhofsruhe.“³⁶

„Wir sollten Initiativen ... bis hin zum politischen Streik ergreifen.“³⁷

4.3 Mittel: Populismus als Methode

In der Öffentlichkeit beschränkt sich die Linkspartei vorzugsweise darauf, mit einigen wenigen schlagwortartigen Losungen für sich zu werben. Für komplizierte Probleme verspricht sie vermeintlich einfache Lösungen. Im Bundestagswahlkampf 2009 trieb sie ihren Populismus auf neue Höhen.



³⁶ Pressemitteilung von Andrej Hunko MdB, Vorstandsmitglied NRW-Linkspartei, vom 27.4.2009.

³⁷ Beschluss Nr.: X-1: „Vor den Wahlen 2009/10 – Zur Strategie der LINKEN in NRW“ (beschlossen auf der 1. Landesvorstandssitzung der Linkspartei NRW am 6.12.2008 in Düsseldorf), S. 3.

4.4 Wahlkampf als Teil des „Klassenkampfes“

Die NRW-Linkspartei will die politischen, wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Gegensätze verschärfen. Wahlkampf ist für sie Teil des „Klassenkampfes“. Leistungsträger sollen gezielt geschwächt werden, um sie „besiegen“ zu können. Strategie und Ziele der NRW-Linkspartei sind klar auf den geforderten „Systemwechsel“ ausgerichtet. Zitate:

„DIE LINKE bestimmt ihre politischen Ziele für die Wahlen 2009/2010 aus ihrem Gründungsanspruch heraus, aus ihrer Rolle, die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zu verändern und das politische System zu massiven politischen Korrekturen zu zwingen.“³⁸

„Die politische Legitimationskrise ist noch keine Krise der kapitalistischen Klassenherrschaft. Wir müssen die erstere vertiefen, dass sie zur letzteren wird.“³⁹

„Wir wollen die reiche Klasse ökonomisch und ideologisch schwächen, um sie politisch zu besiegen.“⁴⁰

³⁸ Beschluss des Landesparteitags 2008: „DIE LINKE. NRW in den Wahlkämpfen 2009/2010“, S. 1.

³⁹ Beschluss Nr.: X-1: „Vor den Wahlen 2009/10 – Zur Strategie der LINKEN in NRW“ (beschlossen auf der 1. Landesvorstandssitzung der Linkspartei NRW am 6.12.2008 in Düsseldorf), S. 3.

⁴⁰ Ebd., S. 3.

5. „Systemfrage“, Sozialismusbegriff und Verhältnis zur Demokratie

5.1 Die „Systemfrage“ der Linkspartei

Die Linkspartei stellt in Beschlüssen und Äußerungen offen die „Systemfrage“. Bereits 2007 stellte ihr Bundesvorsitzender unmissverständlich klar: „Wir stellen die Systemfrage! Für alle von den geheimen Diensten noch einmal zum Mitschreiben: Die, die aus der PDS kommen, aus der EX-SED und auch die neue Partei DIE LINKE – wir stellen die Systemfrage.“⁴¹ Die NRW-Linkspartei stellt die „Systemfrage“ nicht weniger radikal. Zitate:

„Ohne gesamtgesellschaftlichen Widerstand gegen die bestehenden politischen Verhältnisse ist ein Politikwechsel, der zu Systemveränderung führt, nicht möglich.“⁴²

„DIE LINKE. NRW ist sich bewusst, dass nur eine umfassende gesellschaftliche Umgestaltung die Vorherrschaft der Kapitalverwertung überwinden wird.“⁴³

Die NRW-Linkspartei fordert hier nicht weniger als eine andere Republik. Anders sind ihre Forderungen nach einem „gesamtgesellschaftlichen Widerstand“, einem „Politikwechsel, der zu Systemveränderungen führt“ und die angestrebte „umfassende gesellschaftliche Umgestaltung“ nicht zu verstehen.

⁴¹ Rede von Lothar Bisky, Bundesvorsitzender der Linkspartei, auf dem 10. Bundesparteitag am 15. Juni 2007 in Berlin.

⁴² Beschluss des Landesparteitags 2008: „DIE LINKE. NRW in den Wahlkämpfen 2009/2010“, S. 1.

⁴³ Linkspartei NRW: „Positionen zur Landespolitik“, S. 14.

5.2 Der Sozialismusbegriff der Linkspartei im marxistisch-leninistischen Sinne

Die NRW-Linkspartei will eine andere Gesellschaft. Die Einführung des Sozialismus ist ihr erklärtes Ziel. Zitate:

„Die linke Alternative ist der demokratische Sozialismus. Wir verstehen darunter eine Gesellschaft, welche die ... Produktion und Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums ... regelt. Nur so kann die freie Entfaltung jeder und jedes einzelnen zur Bedingung der freien Entfaltung aller werden.“⁴⁴

„Unsere linke Alternative ist der demokratische Sozialismus ... Nur so kann die freie Entfaltung jeder und jedes Einzelnen zur Bedingung der freien Entfaltung aller werden.“ Für uns ist „eine andere Gesellschaftsordnung eine Frage des Überlebens der Menschheit.“⁴⁵

Bei der Definition dessen, was der Sozialismus sein soll, achtet die Linkspartei sehr genau auf ihre Wortwahl. Stets findet sich dabei der Halbsatz mit der „freien Entfaltung aller“. Dies ist ein Schlüsselsatz in der Weltanschauung der Linkspartei. Die aus der SED hervorgegangene PDS hat diese Definition des Sozialismus in die Linkspartei verpflanzt. So hieß es auch im letzten PDS-Grundsatzprogramm 2003:

„Sozialismus ist für uns ein notwendiges Ziel – eine Gesellschaft, in der die freie Entwicklung einer und eines jeden zur Bedingung der freien Entwicklung aller geworden ist.“⁴⁶

Ganz bewusst zitiert die Linkspartei hier eine Stelle aus dem „Kommunistischen Manifest“, bei dem jeder Kenner weiß, dass die sogenannte „freie

⁴⁴ Ebd., S. 3 f.

⁴⁵ Wahlprogramm DIE LINKE. NRW – Landtagswahl 2010, S. 3 ff.

⁴⁶ PDS Grundsatzprogramm, beschlossen auf der 2. Tagung des 8. Parteitag der PDS am 25./26.10.2003 in Chemnitz, S. 2.

Entwicklung aller“ erst nach der Revolution möglich ist.⁴⁷

Mit der marxistisch-leninistischen Definition des „demokratischen Sozialismus“ stellt die Linkspartei klar, dass sie den Sozialismus ausdrücklich nicht als eine sozial verstandene Umgestaltung der wirtschaftspolitischen Verhältnisse versteht, die den Rahmen des Grundgesetzes nicht überschreiten würde. Vielmehr sieht sie im Sozialismus lediglich die erste Phase der kommunistischen Gesellschaft, in der die massenhafte Enteignung der Produktionsmittel bereits stattgefunden hat und in der die sogenannte „Diktatur des Proletariats“ herrscht. Damit gibt die Linkspartei ihren Anhängern das Signal, dass sie nach wie vor an der Änderung nicht nur der wirtschaftlichen, sondern auch der politischen Verfasstheit arbeitet. Oder anders ausgedrückt: Die Linkspartei stellt die „Systemfrage“ umfassend. Dass sie auf Bundes- wie auf Landesebene die Abschaffung des Verfassungsschutzes fordert⁴⁸, erklärt sich daraus.

5.3 Das negative Verhältnis der Linkspartei zu Demokratie und Verfassung

Die Linkspartei bzw. Teile von ihr werden vom Verfassungsschutz beobachtet. In seinen Berichten werden nur Gruppierungen erwähnt, die unter dem Verdacht stehen, verfassungswidrige Ziele zu verfolgen. In dem Verfassungsschutzbericht des von der SPD regierten Rheinland-Pfalz aus dem Jahre 2008 heißt es beispielsweise:

„Die Partei ‚DIE LINKE.‘ sieht sich nach wie vor als ‚gestaltende Opposition‘ zu den gesellschaftlichen Verhältnissen der Bundesrepublik Deutschland. Dabei verfolgt sie die Doppelstrategie, einerseits als Koali-

⁴⁷ So heißt es bei Karl Marx/Friedrich Engels im Kommunistischen Manifest: „Wenn das Proletariat im Kampfe gegen die Bourgeoisie sich notwendig zur Klasse vereint, durch die Revolution sich zur herrschenden Klasse macht und als herrschende Klasse gewaltsam die alten Produktionsverhältnisse aufhebt, so hebt es mit diesen Produktionsverhältnissen die Existenzbedingungen des Klassegegensatzes, die Klassen überhaupt, und damit seine eigene Herrschaft als Klasse auf. An die Stelle der bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassegegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.“

⁴⁸ Für die Bundesebene vgl. stellv. die Pressemitteilung von Ulla Jelpke MdB (NRW-Linkspartei) vom 15.5.2008, in der es heißt: „DIE LINKE fordert daher die Abschaffung des Verfassungsschutzes“. Für die Landesebene siehe: Wahlprogramm DIE LINKE. NRW – Landtagswahl 2010, S. 64 f.

tionspartner in Landesregierungen mitzuwirken und andererseits langfristig die Systemüberwindung hin zu einer sozialistischen Gesellschaftsordnung voranzutreiben.“⁴⁹

Auch der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen stellt in seinem jüngsten Bericht fest, dass bei der Linkspartei weiterhin „Anhaltspunkte für den Verdacht einer extremistischen Bestrebung vorliegen“⁵⁰.

Die Linkspartei kritisiert regelmäßig ihre Beobachtung durch den Verfassungsschutz und unterstellt dabei parteipolitische Motive. Doch es ist nicht nur die Exekutive, die der Linkspartei bzw. maßgebliche Teile von ihr verfassungswidrige Ziele attestiert. Auch die Judikative hat zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen Vergleichbares höchstrichterlich festgestellt. Zitat:

„Es lagen und liegen aktuell tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht von Bestrebungen der Parteien PDS, Linkspartei.PDS und DIE LINKE gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung vor.“⁵¹

„Bei vernünftiger Betrachtung [deutet] die Gesamtschau aller vorhandenen tatsächlichen Anhaltspunkte darauf hin, dass die Parteien PDS, Linkspartei.PDS und heute DIE LINKE Bestrebungen verfolgten und weiterhin verfolgen, die darauf gerichtet sind, die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte, das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition, die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung sowie das Recht des Volkes, die Volksvertretung in allgemeiner und gleicher Wahl zu wählen, zu beseitigen oder außer Geltung zu setzen.“⁵²

„Die Auswertung der dem Senat vorliegenden Unterlagen ergibt Anhaltspunkte von hinreichendem Gewicht und in ausreichender Zahl dafür,

⁴⁹ Verfassungsschutzbericht des Landes Rheinland-Pfalz 2008, S. 56.

⁵⁰ Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen, Zwischenbericht 2009, S. 18.

⁵¹ Urteil des Oberverwaltungsgerichts NRW vom 13.2.2009.

⁵² Ebd.

dass es noch immer die Richtung der Partei maßgeblich bestimmende verfassungsfeindliche Strömungen gibt. Sie sprechen bei einer Gesamtschau dafür, dass durchaus namhafte Teile der Partei eine politische Umgestaltung der Bundesrepublik Deutschland verfolgen, die mit den entscheidenden Merkmalen eines freiheitlichen demokratischen Staates im Sinne des Grundgesetzes unvereinbar ist. Sie streben durch eine mit zentralen Verfassungswerten nicht vereinbare sozialistische Revolution und die Diktatur des Proletariats im klassisch marxistisch-leninistischen Sinne eine sozialistisch-kommunistische Gesellschaftsordnung an ... Die Verfassungswidrigkeit einer sozialistisch-kommunistischen Gesellschaftsordnung ist seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) geklärt.“⁵³

Die SPD in NRW will mit der Linkspartei koalieren. An den Feststellungen von Exekutive und Judikative zum negativen Verhältnis der Linkspartei zu Demokratie und Rechtsstaat scheint sich die SPD in NRW nicht zu stören. Der Grundsatz: Keine Zusammenarbeit mit radikalen Parteien gilt bei der SPD in NRW offenbar nicht mehr.

⁵³ Ebd.



Insidern zufolge wird die NRW-Linke innerhalb der Bundespartei deshalb als ‚Hort des Wahnsinns‘ bezeichnet.“

Rheinische Post online, 24.11.2009.

6. Die NRW-Linkspartei auf Bundesebene

Die NRW-Linkspartei ist innerhalb der Bundespartei am äußersten linken Rand positioniert. Dies hat vor allem etwas mit ihrer unter Punkt 2 dargelegten parteiinternen Grundstruktur zu tun. In den Medien heißt es dazu:

„Der NRW-Verband ist anders als die meisten Ost-Verbände am linken Flügel verortet.“⁵⁴

„Mehr noch als jeder andere Linkspartei-Landesverband ist jener in Nordrhein-Westfalen ein wild gemischter Hort aus Fundamentalisten [und] Systemgegnern“⁵⁵.

6.1 Sahra Wagenknecht: Vorsitzende der „Kommunistischen Plattform“ und designierte stellvertretende Bundespartei-Vorsitzende

Die bekannteste Vertreterin der NRW-Linkspartei ist Sahra Wagenknecht. Die Vorsitzende der „Kommunistischen Plattform“ (KPF) ist seit 2010 Kandidatin für den stellvertretenden Bundespartei-Vorsitz. Sahra Wagenknecht kandidierte auf Platz fünf der Landesliste der NRW-Linkspartei für den Bundestag. Sie rechtfertigt nicht nur den Mauerbau und die DDR, sondern auch den Stalinismus. In der früheren PDS durfte sie deswegen nie werden, was sie in der Linkspartei werden soll. Noch 2008 wehrte Gregor Gysi ihr Ansinnen, stellvertretende Bundesvorsitzende zu werden, ab. Damals sagte er: „Das Signal wäre falsch“.⁵⁶ 2010 war es derselbe Gregor Gysi, der nach den Personalquerelen in seiner Partei das Signal für Sahra Wagenknecht auf Grün stellte.

6.1.1 Sahra Wagenknecht rechtfertigt den Stalinismus

1992 verteidigte Sahra Wagenknecht den Stalinismus. Sie brach damit den

⁵⁴ Kölner Stadt-Anzeiger, 13.1.2010.

⁵⁵ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.1.2010.

⁵⁶ Der Spiegel, 19.5.2008.

innerhalb der Linkspartei propagierten Konsens, sich mit dem Stalinismus wenigstens von der schlimmsten Phase des Kommunismus zu distanzieren. Die Millionen Toten der Stalin-Zeit ignorierend schrieb Wagenknecht: „Was immer man – berechtigt oder unberechtigt – gegen die Stalin-Zeit vorbringen mag, ihre Ergebnisse waren jedenfalls nicht Niedergang und Verwesung, sondern die Entwicklung eines um Jahrhunderte zurückgebliebenen Landes in eine moderne Großmacht“.⁵⁷

Auch heute will Sahra Wagenknecht von den unschuldigen Opfern des Stalinismus nichts wissen. Als Ende 2006 in Berlin ein Gedenkstein für die Opfer des Stalinismus eingeweiht wurde, forderte Wagenknecht umgehend: „Nehmt den Stein einfach wieder weg!“⁵⁸. 2008 bekräftigte Wagenknecht ihre ablehnende Haltung. Zitat: „Wir sagen in aller Offenheit und dies nicht zum ersten Mal: Ein Stein, der pauschal an alle erinnert, die unter Stalin zu Tode kamen oder Haftstrafen verbüßten, ist für uns inakzeptabel.“⁵⁹

Dass Sahra Wagenknecht für ihre Position zum Stalinismus nicht aus der Partei ausgeschlossen wurde und demnächst sogar zur stellvertretenden Bundespartei-Vorsitzenden aufsteigen soll, sagt viel über deren tatsächliche Haltung zum Stalinismus aus.

6.1.2 Sahra Wagenknecht rechtfertigt die DDR und den Mauerbau und lobt Walter Ulbricht

1994 rechtfertigte Sahra Wagenknecht den DDR-Unrechtsstaat. Sie sagte: „Im Vergleich zur BRD war die DDR ... in jeder Phase ihrer Entwicklung das friedlichere, sozialere, menschlichere Deutschland.“⁶⁰ Den Bau der Berliner Mauer bezeichnete sie als eine Maßnahme „zur Grenzbefestigung ...“ die dem

⁵⁷ Sahra Wagenknecht, Weißenseer Blätter, 4/1992, S. 12-26.

⁵⁸ „Offener Brief“ von Sahra Wagenknecht u.a. an die Bezirksbürgermeisterin von Berlin-Lichtenberg und an den Vorsitzenden des Kulturausschusses der BVV Lichtenberg vom 13.12.2006.

⁵⁹ Erklärung von Sahra Wagenknecht u.a. vom 19.11.2008.

⁶⁰ Sahra Wagenknecht, Der Spiegel, 26.12.1994.

lästigen Einwirken des feindlichen Nachbarn ein (längst überfälliges) Ende setzte“⁶¹. Später konnte man in den Medien lesen: „Sahra Wagenknecht hält den Mauerbauer Walter Ulbricht für einen ‚kompromisslosen Strategen‘ und ‚brillanten Taktierer‘“⁶². 2001 verabschiedete der PDS-Bundesvorstand eine Erklärung zum 40. Jahrestag des Mauerbaus.⁶³ Sahra Wagenknecht ging das zu weit. Sie trug die Erklärung ausdrücklich nicht mit. Und 2008 erklärte sie: Ich halte den „Begriff Diktatur für die DDR nicht für angemessen“⁶⁴.

6.1.3 Sahra Wagenknecht will nicht beim „Hummer-Essen“ fotografiert werden und verweigert dem israelischen Staatspräsidenten den Respekt

2007 wurde Sahra Wagenknecht bei einem „opulenten Hummer-Essen in Straßburg“ fotografiert. Offensichtlich gefiel dies der Vorsitzenden der „Kommunistischen Plattform“ nicht. Unter einem Vorwand ließ sie die Bilder löschen.⁶⁵ Darauf angesprochen erklärte Wagenknecht später:

„Ich bin für eine Gesellschaft, in der alle Menschen Hummer essen können“.⁶⁶

Am 27. Januar 2010 redete anlässlich einer Gedenkstunde des Deutschen Bundestages zur Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz der Israelische Staatspräsident Shimon Peres. Sahra Wagenknecht und ihre Fraktionskolleginnen Sevim Dagdelen (NRW) und Christine Buchholz (Hessen) blieben demonstrativ sitzen und verweigerten dem Friedensnobelpreisträger aus Israel den Respekt.⁶⁷

⁶¹ Dies., „Kungelkurs und Widerstand“, Konkret 7/94, S. 44 f.

⁶² Der Spiegel, 6.7.1998.

⁶³ Erklärung des Parteivorstandes der PDS zum 13. August 2001.

⁶⁴ Sahra Wagenknecht, Der Spiegel, 19.5.2008.

⁶⁵ Siehe hierzu: Der Spiegel, 17.12.2007.

⁶⁶ Sahra Wagenknecht, Süddeutsche Zeitung, 25.4.2008.

⁶⁷ Vgl. Die Welt, 1.2.2010.

6.2 Die Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke, Sevim Dagdelen, Ulla Lötzer, Andrej Hunko und Paul Schäfer

Neben Sahra Wagenknecht sitzen für die NRW-Linkspartei u.a. auch Ulla Jelpke, Sevim Dagdelen, Ulla Lötzer, Andrej Hunko und Paul Schäfer im Deutschen Bundestag. Innerhalb der Linkspartei gehören sie alle entweder zur „Sozialistischen Linken“ oder zur „Antikapitalistischen Linken“ und damit zum äußeren linken Rand der Partei.

Ulla Jelpke gehörte 1971 zu den Mitbegründern des „Kommunistischen Bundes“ (KB), dessen Leitungsgremium sie 1982 angehörte. Zwischen 1990 und 2002 gehörte und seit 2005 gehört Ulla Jelpke dem Deutschen Bundestag an. Die innenpolitische Sprecherin der Linken Bundestagsfraktion kümmert sich schwerpunktmäßig u.a. auch um Menschenrechtsfragen. Von Menschenrechtsverletzungen auf Kuba will Jelpke jedoch nichts wissen. Auf die Frage, ob es dort Menschenrechtsverletzungen gibt, antwortete sie: „Ich würde sagen, dass es auf Kuba vor allem Menschenrechte gibt, die eingehalten werden.“⁶⁸ Und auf den anschließenden Hinweis, dass es in Kuba keine Meinungs- und Pressefreiheit, sondern politische Gefangene gebe, sagte sie: „Ja, aber ich finde das jetzt eine kleinkarierte Diskussion.“⁶⁹ Im Nahost-Konflikt nimmt Jelpke eine klare Anti-Israel-Haltung ein. Dem Bundestag-Antrag auf Solidarität mit Israel von Ende 2008 stimmte sie – ebenso wie ihre Fraktionskolleginnen Sevim Dagdelen und Inge Höger aus Nordrhein-Westfalen sowie einige weitere Mitglieder der Linken Bundestagsfraktion – nicht zu.⁷⁰

Sevim Dagdelen sitzt seit 2005 für die NRW-Linkspartei im Deutschen Bundestag. Dagdelen ist Mitglied der verfassungsfeindlichen „Roten Hilfe“. Die Rote Hilfe erklärte sich u.a. solidarisch mit den RAF-Terroristen. Ulla Lötzer war erstmals von 1998 bis 2002 Mitglied des Deutschen Bundestages. Seit 2005 ist sie es wieder. In den 70iger Jahren war Ulla Lötzer im „Kommunis-

⁶⁸ Ulla Jelpke, Kontraste, 23.3.2006.

⁶⁹ Ebd.

⁷⁰ http://www.ulla-jelpke.de/news_detail.php?newsid=1023

tischen Bund Westdeutschland“ aktiv. Andrej Hunko kam 2009 erstmals in den Deutschen Bundestag. Zwischen 1991 und 1995 war er Mitglied der „Sozialistischen Arbeitergruppe“ (SAG) und von 1995 bis 1999 Herausgeber der Zeitschriften „Internationaler Sozialismus“ und „Linke Offensive“. Ende April 2009 rief Hunko in einer Pressemitteilung zu sozialen Unruhen auf. Paul Schäfer sitzt seit 2005 für die NRW-Linkspartei im Bundestag. Von 1970 bis 1988 war Schäfer Mitglied der DKP.

7. Zusammenfassung

Die NRW-Linkspartei hat sich mit ihren Beschlüssen und Programmen klar als extremistische Kraft positioniert. Ihre maßgeblichen Vertreter gehören innerhalb der Partei radikalen Strömungen an. Der Landesverband ist in der ohnehin radikalen Bundespartei am harten linken Rand einzuordnen.

Das Wahlprogramm der NRW-Linkspartei ist mehr als radikal: 160 Milliarden Steuererhöhungen, die Enteignung aller privaten Hausbesitzer und die Einführung von „Drogenkunde“ an den Schulen werden gefordert.

Die Spitzenkandidatin zu Landtagswahl sieht in der DDR-Diktatur einen „legitimen Versuch“. Die beiden Parteivorsitzenden verfolgen „grundsätzliche oppositionelle Ziele“. Die prominenteste Vertreterin der NRW-Linkspartei verteidigt den Stalinismus und rechtfertigt die DDR-Diktatur und den Mauerbau. Führende Mitglieder der NRW-Linkspartei haben kein positives Verhältnis zu Israel.

Die NRW-Linkspartei will die Spaltung der Gesellschaft nicht überwinden, sondern vertiefen. Politik und Wirtschaft sollen blockiert, die Krise verschärft werden. Das „System“ soll zum kollabieren gebracht werden. Die NRW-Linkspartei stellt unverhohlen die „Systemfrage“. Sie will den Sozialismus einführen und eine andere Gesellschaftsform errichten. Mit ihren Zielen bewegt sie sich nach Meinung von Exekutive und Judikative nicht auf dem Boden unsere Verfassung.

Die NRW-Linkspartei ist eine Gefahr für unsere Demokratie und die Stabilität in unserem Land. Eine Koalition mit ihr verbietet sich für jeden aufrechten Demokraten.

8. Das unklare Verhältnis der SPD zur NRW-Linkspartei

Die SPD hat sich insgeheim längst zu einer Koalition mit der NRW-Linkspartei entschlossen. Sie weiß, dass sie nur so die Chance auf eine Mehrheit hat. Weil die SPD jedoch auch weiß, dass die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger inklusive der eigenen Anhänger Rot-Rot nicht will, sagt sie dies nicht offen. Ihre Koalition gegen die Mehrheit der Gesellschaft kann die SPD nur heimlich durchziehen. Deshalb eiert die SPD rum. Die SPD plant den größten Wahlbetrug in der Geschichte Nordrhein-Westfalens.

8.1 Rot-Rote Gemeinsamkeiten

Einerseits liest sich der Wahlprogrammwurf der SPD über weite Strecken wie ein schriftliches Koalitionsangebot an die NRW-Linkspartei: massive Steuererhöhungen, Abschaffung der Real- und Hauptschulen sowie der Gymnasien, Einführung der Einheitsschule, Abschaffung der freien Schulwahl und teure Wahlversprechen. Rot-Rot ist sich in großen Teilen einig. Andererseits findet sich in dem SPD-Wahlprogrammwurf keine Koalitionsaussage. Genauso widersprüchlich sind auch die Aussagen der SPD.

8.2 Ertappt: Heimliche Direktgespräche zwischen SPD und Linkspartei geleugnet?

Ende Januar 2010 verneinte die SPD-Spitzenkandidatin kategorisch, irgendwelche Gespräche mit der Spitze der Linkspartei zu führen. Auf die Frage: „Führen Sie eigentlich Gespräche mit der Spitze der Linken?“, antwortete sie: „Nein ...“ Und auch auf die Nachfrage: „Also Gespräche mit der Spitze der Linken gibt es nicht?“, antwortet sie wieder: „Nein!“⁷¹

⁷¹ Hannelore Kraft, Deutschlandfunk, Informationen am Morgen, 25.1.2010.

Doch gegen dieses strikte „NEIN“ der SPD-Kandidatin spricht ein Gespräch, welches zwischen ihr und Linkspartei-Chef Wolfgang Zimmermann am Rande des 30-jährigen Jubiläums der Grünen stattgefunden haben soll. Zitat: „Der SPD warf Schneckenburger vor, in ihrer Haltung gegenüber den Linken einen Zickzackkurs zu fahren. Vor anderthalb Wochen habe es mit Linken-Chef Wolfgang Zimmermann und der SPD-Vorsitzenden Hannelore Kraft Gespräche am Rande des 30-jährigen Jubiläums der Grünen gegeben.“⁷² Genauso widersprüchlich sind auch die Aussagen der SPD.

8.3 „JA“ und „NEIN“ der SPD zur NRW-Linkspartei

Einerseits tut die Vorsitzende der SPD in NRW so, als ob Rot-Rot für sie nicht in Frage käme: „Mit einer Linkspartei, die solche Forderungen erhebt wie in Nordrhein-Westfalen, wird eine Zusammenarbeit nicht möglich sein. Auch von den Personen her ist die Partei in NRW weder koalitions- noch regierungsfähig.“⁷³ Andererseits schließt sie Rot-Rot jedoch nicht aus: „In einem Fünf-Parteien-System kommt man mit Ausschleißeritis nicht weiter“⁷⁴.

Auf der einen Seite verspricht die Vorsitzende der SPD in NRW Klarheit: „Die Menschen werden vor der Wahl ganz klar wissen, woran sie bei der SPD sind. Mit mir wird es keinen Wortbruch geben.“⁷⁵ Auf der anderen Seite legt sie sich aber nicht fest: „Dazu [zu Rot-Rot] haben wir immer klar unsere Position offen gehalten.“⁷⁶

Wer sich angesichts dieses Rumgeeiers von SPD-Chef Sigmar Gabriel mehr Klarheit erhofft, muss sich enttäuscht fühlen. Einerseits sagte Gabriel „NEIN“ zur NRW-Linkspartei: „Wenn die Linkspartei, wie gegenwärtig in Nordrhein-Westfalen, mit wirren Programmen antritt, verbietet sich die Zusammenarbeit

⁷² Kölner Stadt-Anzeiger, 27.1.2010.

⁷³ Hannelore Kraft, Hamburger Abendblatt, 10.10.2009.

⁷⁴ Dies., Westfälische Rundschau, 8.1.2010.

⁷⁵ Dies., Bild-Zeitung, 1.4.2009.

⁷⁶ Dies., Süddeutsche Zeitung, 30.4.2009.



Wir sollten deshalb auch eine Koalition mit der Linkspartei nicht grundsätzlich ausschließen.“

Karl Lauterbach MdB, Bild-Zeitung, 29.4.2009

aus inhaltlichen Gründen.“⁷⁷ Fünf Tage später sagt er aber „JA“ zur NRW-Linkspartei: „Der SPD-Bundesvorsitzende Sigmar Gabriel hält für die Sozialdemokraten alle Koalitionsmöglichkeiten nach der Landtagswahl am 9. Mai offen. Ich schließe kein Bündnis mit irgendwem aus, sagte Gabriel am Freitag.“⁷⁸

Zum einen will Gabriel Rot-Rot in NRW: „SPD-Chef Sigmar Gabriel hält eine rot-rot-grüne Koalition in Düsseldorf für erreichbar. Ein solches Bündnis erklärte er gestern in Berlin für grundsätzlich möglich.“⁷⁹ Zum anderen will er es dann angeblich wieder nicht: „Ich kann nicht ausschließen, dass die Partei Die Linke auch in NRW irgendwann dazulernt. Es ist aber ausgeschlossen, dass dies vor oder kurz nach der Wahl passiert. Politische Mehrheiten sind doch etwas anderes als rechnerische Mehrheiten.“⁸⁰

8.4 SPD-Politiker sind für Rot-Rot in NRW

Angesichts dieses Wahlbetrugs mit Ansage tut es fast gut, dass führende SPD-Politiker aus NRW ihre heimlichen Koalitionspläne nicht länger verstecken. Entgegen der Divise, die Pläne für Rot-Rot bloß nicht vor dem 9. Mai öffentlich zu machen, sprechen sie aus, was intern längst beschlossene Sache ist. Zitate:

„Wenn es nach der Landtagswahl im kommenden Jahr nicht für Rot-Grün reicht, müssen wir uns entscheiden. Eine Zusammenarbeit mit der LINKEN ist also möglich.“⁸¹

„Es macht in einem Fünf-Parteien-System keinen Sinn, irgendwelche Koalitionen auszuschließen.“⁸²

⁷⁷ Sigmar Gabriel, die tageszeitung, 25.1.2010.

⁷⁸ Ders., Thüringische Landeszeitung, 30.1.2010.

⁷⁹ Ders., Bonner Rundschau, 2.12.2009.

⁸⁰ Ders., Tagesspiegel am Sonntag, 7.2.2010.

⁸¹ Jochen Ott, stellvertretender SPD-Parteivorsitzender NRW, Neues Deutschland, 7.10.2009.

⁸² Ralf Jäger, stellvertretender SPD-Fraktionsvorsitzender NRW, Frankfurter Rundschau online, 22.1.2010.

„Es gibt keine Kontaktsperre zur Linken.“⁸³

Diese SPD-Politiker aus NRW sprechen unverblümt aus, was sich ihre Vorsitzende nicht offen zu sagen traut. Doch auch ohne das Rumgeeiere der SPD ist klar: Wer SPD wählt, bekommt die Linkspartei.

⁸³ Axel Schäfer, Vorsitzender der nordrhein-westfälischen SPD-Bundestagsabgeordneten, Frankfurter Rundschau online, 22.1.2010.